

URGENT ACTION

MINDERJÄHRIGE PROTESTIERENDE IM VISIER

THAILAND

UA-Nr: UA-014/2023 AI-Index: ASA 39/6425/2023 Datum: 6. Februar 2023 – jh

THANAKORN 'PETCH' PHIRABAN

SAND

CHAN TONNAMPHET

In Thailand werden Jugendliche, die sich für die Menschenrechte einsetzen, von den Behörden verfolgt und belästigt, nur weil sie ihr Recht auf friedlichen Protest wahrnehmen. Amnesty International sind mindestens 283 Personen bekannt, die als Minderjährige an Protesten teilgenommen hatten und jetzt strafrechtlich verfolgt werden. Zu ihnen gehören auch Chan Tonnamphet, „Sand“ und Thanakorn „Petch“ Phiraban: Gegen Chan Tonnamphet, eine Aktivistin für indigene Landrechte, wird momentan noch ermittelt und gegen die Jugendaktivistin „Sand“ läuft ein Verfahren. Thanakorn „Petch“ Phiraban, ein*e LGBTI-Aktivist*in, wurde bereits verurteilt.

Die thailändische Regierung bestraft Minderjährige für die Ausübung ihres Rechts auf friedliche Versammlung und freie Meinungsäußerung. Seit Juli 2020 hat die Regierung Strafverfahren gegen mindestens 283 Jugendliche im ganzen Land eingeleitet, weil sie friedlich protestiert und ihre Meinung geäußert haben. Bei den Protesten riefen Minderjährige in ganz Thailand zu politischen Reformen auf und forderten eine Verbesserung des Bildungssystems, den Schutz von Minderheitenrechten und die Gleichstellung der Geschlechter. Dafür begegnet die Regierung den jungen Menschenrechtsverteidiger*innen mit Schikanen, Überwachung und Einschüchterungen. Dieses harte Vorgehen hat weitreichende Konsequenzen und beschränkt die Möglichkeit von Minderjährigen, ihr Recht auf Protest wahrzunehmen.

Thanakorn „Petch“ Phiraban (17 Jahre) wurde im November 2022 wegen Majestätsbeleidigung zu drei Jahren Haft in einem Berufs- und Ausbildungszentrum verurteilt, mit der Möglichkeit der späteren Reduzierung auf 18 Monate. Zuvor hatte Thanakorn Phiraban 2020 bei zwei Protestveranstaltungen gesprochen. Im Dezember 2022 wurde Thanakorn Phiraban darüber hinaus zu einer zweijährigen Haftstrafe auf Bewährung verurteilt und muss mit weiteren Anklagen rechnen, unter anderem auf Grundlage des inzwischen außer Kraft getretenen Notstandsdekrets zur Kontrolle der Ausbreitung von Covid-19. Der 17-jährigen Aktivistin „Sand“ droht ebenfalls ein Strafverfahren, zum Teil auf Grundlage des Notstandsdekrets, nachdem sie 2021 an Protesten in Bangkok teilgenommen und sich friedlich für politische Reformen und die Freilassung der 2021 inhaftierten Anführer*innen der Studierendenproteste eingesetzt hatte. Gegen Chan Tonnamphet, einer Aktivistin für indigene Landrechte, die sich insbesondere für die Gemeinschaft der Karen einsetzt, wird ebenfalls wegen Verstoßes gegen das Notstandsdekret ermittelt. Sie hatte 2022 bei einer Kundgebung in Bangkok über die Sorgen der indigenen Gemeinschaft bezüglich des Zugangs zu ihrem Land gesprochen.

Thailand unterliegt internationalen Verpflichtungen, darunter dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und dem UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes, und muss somit die Rechte von Minderjährigen auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung schützen und gewährleisten, sodass sie davon Gebrauch machen können, ohne Vergeltungsmaßnahmen fürchten zu müssen. Durch diese Rechte haben Kinder und Jugendliche die Möglichkeit, sich für ihre Menschenrechte und andere Themen, die sie betreffen, einzusetzen.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Im Jahr 2020 führten junge Menschen, darunter Studierende und Sekundarschüler*innen unter 18 Jahren, eine Welle friedlicher Proteste in ganz Thailand an. Die Demonstrationen breiteten sich von Schulen und Universitäten

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100. Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



auf die Straßen aus. Die thailändischen Behörden begannen als Reaktion darauf mit der Inhaftierung und strafrechtlichen Verfolgung der Teilnehmer*innen und Organisator*innen, insbesondere nachdem bei den Protesten Forderungen nach Reformen im Zusammenhang mit der Monarchie laut geworden waren.

Ursprünglich durch den Wunsch nach demokratischen Reformen ausgelöst, umfasste die von jungen Menschen angeführte Protestbewegung Forderungen nach Verfassungsänderungen, sozialen Reformen, einem Ende der Unterdrückung von Regierungskritiker*innen sowie eine Verbesserung der Bildung und der Sicherheit an Schulen. Die Demonstrierenden setzten sich auch für die Rechte von Frauen, indigenen Gemeinschaften, LGBTI+ und ethnischen Minderheiten ein. Bei den Protesten auf der Straße wurden Partys, Diskussionen, Flashmobs, Sitzstreiks, Live-Theater und -Musik, Modeschauen und Kunst veranstaltet und präsentiert. Die jungen Menschen verbreiteten ihre Aktionen und Meinungen online. Sie machten sich Parodien, Satire und bekannte Motive der Jugendkultur zu Nutze, um ihre Forderungen nach Veränderung zu untermalen. Teenager und jüngere Kinder unter 18, oft in Schuluniformen oder Streetfashion, wurden zum Gesicht der Demonstrationen.

Seit Mitte 2020 haben die thailändischen Behörden im Zuge ihrer anhaltenden Unterdrückung der friedlichen Proteste straf- und zivilrechtliche Verfahren gegen mindestens 283 Minderjährige eingeleitet, weil sie friedlich ihre Rechte wahrgenommen haben. Kinder, die an den friedlichen Demonstrationen teilgenommen oder ihre gesellschaftlichen und politischen Ansichten in Reden oder satirischen Kommentaren im Internet geteilt haben, müssen mit Inhaftierung, langwierigen Gerichtsverfahren, Einschüchterung, Schikane und Überwachung rechnen.

SCHREIBEN SIE BITTE

E-MAILS, FAXE, TWITTERNACHRICHTEN ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Ich fordere Sie auf, alle strafrechtlichen Verfahren gegen Minderjährige, die ausschließlich wegen der Ausübung ihrer Menschenrechte ins Visier genommen wurden, fallen zu lassen, die Schuldsprüche gegen sie aufzuheben und jegliche Form der Schikane und Einschüchterung zu beenden.
- Bitte sorgen Sie dafür, dass das Recht von Minderjährigen auf friedliche Versammlung und freie Meinungsäußerung geachtet, geschützt und gewährleistet wird.
- Ich fordere Sie außerdem auf, alle Gesetze, die mit den internationalen Standards für die Ausübung dieser Rechte unvereinbar sind, anzupassen oder aufzuheben.

ACHTUNG! Bitte prüfen Sie auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen und Hinweise“, ob die Briefzustellung in das Zielland ungehindert möglich ist. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

APPELLE AN

PREMIERMINISTER

Prime Minister Prayut Chan-o-cha
Office of the Prime Minister
Government House, Pitsanulok Road, Bangkok 10300,
THAILAND

(Anrede: Dear Prime Minister / Sehr geehrter Herr
Premierminister)

Fax: (00 66) 2 282 5131

E-Mail: prforeign@prd.go.th

Twitter: [@prayutofficial](https://twitter.com/prayutofficial)

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DES KÖNIGREICHS THAILAND

S.E. Herrn Nadhavathna Krishnamra
Lepsiusstraße 64/66
12163 Berlin

Fax: 030 – 79 48 15 11

E-Mail: general@thaiembassy.de

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Thai, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **3. April 2023** keine Appelle mehr zu verschicken.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- Drop all criminal proceedings, quash convictions, and end harassment and intimidation of children, targeted simply for peacefully exercising their human rights.
- Respect, protect and fulfil the rights of children to freedom of peaceful assembly and expression.
- Amend or repeal legislation which is incompatible with international standards relating to the exercise of these rights.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



HINTERGRUNDINFORMATIONEN – FORTSETZUNG

Die Behörden begründeten die strafrechtliche Verfolgung der meisten Minderjährigen mit Verstößen gegen die offiziellen Beschränkungen für öffentliche Versammlungen, die im Rahmen des Notstandsdekrets zur Bekämpfung der Ausbreitung von Covid-19 verhängt worden waren. Das Dekret galt für mehr als zwei Jahre zwischen dem 26. März 2020 und dem 30. September 2022. Einige der Jugendlichen stehen auch wegen Paragraf 112 (Majestätsbeleidigung) und Paragraf 116 (Aufwiegelung) des Strafgesetzbuches unter Anklage. Paragraf 112 sieht eine Freiheitsstrafe von drei bis fünfzehn Jahren für Personen vor, die „den König, die Königin, Thronfolger*innen oder Regent*innen verleumdern, beleidigen oder bedrohen“. Paragraf 116 des Strafgesetzbuchs verbietet es, „Unruhe und Unzufriedenheit im Volk zu stiften, wodurch Aufruhr im Land hervorgerufen werden könnte oder die Menschen dazu veranlasst werden könnten, gegen Gesetze zu verstoßen“. Bei einem Verstoß ist eine Freiheitsstrafe von sieben Jahren vorgesehen. Internationale Menschenrechtsexpert*innen haben den thailändischen Behörden empfohlen, diese und andere Gesetze zu ändern oder aufzuheben, um die internationalen Menschenrechtsverpflichtungen Thailands zu gewährleisten.

Thanakorn „Petch“ Phiraban ist LGBTI-Aktivist*in aus Bangkok und wurde am 22. November sowie am 22. Dezember 2022 in zwei separaten Anklagepunkten wegen Verstoßes gegen Paragraf 112 des Strafgesetzbuchs für schuldig befunden. Thanakorn Phiraban hatte im September und Dezember 2020 bei friedlichen Protesten in Bangkok Reden gehalten. Thanakorn Phiraban war die erste minderjährige Person, die wegen Majestätsbeleidigung strafrechtlich verfolgt wurde und nun eine Strafe in einem Berufs- und Ausbildungszentrum für Jugendliche ableisten muss. Thanakorn Phirabans zweite Strafe wurde von den Behörden mit Auflagen zur Bewährung ausgesetzt. Es sind jedoch noch weitere Anklagepunkte unter Paragraf 112 des Strafgesetzbuchs und dem Notstandsdekret gegen Thanakorn Phiraban anhängig.

Gegen Chan Tonnaphet, eine 18-jährige Aktivistin, die sich für die Rechte der indigenen Karen-Gemeinschaft einsetzt, laufen derzeit ebenfalls polizeiliche Ermittlungen. Ihr wird vorgeworfen, im Januar 2022 im Alter von 17 Jahren gegen die Einschränkungen von friedlichen Protesten unter dem Notstandsdekret verstoßen zu haben. Sie hatte bei einem Sit-in-Protest eine öffentliche Rede gehalten, in der sie über die Forderungen ihrer Gemeinschaft an die Behörden sprach, um auch die Stimmen von Menschen aus ihrer Gemeinschaft zu vermitteln, die nicht Thai sprechen. Die Angehörigen ihrer Gemeinschaft sind Opfer von Menschenrechtsverletzungen geworden. Dazu zählt auch das Verschwindenlassen des Menschenrechtsverteidigers Billy Rakchongcharoen, das im Zusammenhang mit der gewaltsamen Vertreibung und Umsiedlung aus dem angestammten Land der Gemeinschaft im Nationalpark Kaeng Krachan in der Provinz Petchaburi im Westen Thailands steht.

„Sand“ (Pseudonym zum Schutz ihrer Identität) ist eine 17-jährige Aktivistin, die sich an den Protesten beteiligt hatte, um sich für Gleichberechtigung an Schulen und politische Veränderung einzusetzen. Sie wurde wegen ihres Aktivismus überwacht, belästigt und wegen ihrer Teilnahme an den friedlichen Protesten in elf Fällen nach dem Notstandsdekret und den damit verbundenen Gesetzen angeklagt. Derzeit läuft ein Verfahren gegen sie wegen eines Verstoßes gegen das Notstandsdekret, weil sie während ihrer Schulferien an einer Demonstration in Bangkok teilgenommen hatte.

